

Präsidialreferat von Kathrin Anderegg, Vizepräsidentin sgv

61. Winterkonferenz in Klosters, 13. Januar 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Gewerbliche Standortbestimmung 2010: KMU und Aussenwirtschaftspolitik

I. Einleitung

„Wenn es nicht unbedingt notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, ist es unbedingt notwendig, ein Gesetz nicht zu erlassen.“

Die weitsichtigen Worte des französischen Philosophen und Staatsmannes Charles de Montesquieu bringen die sgv-Strategie prägnant, einleuchtend und einfach verständlich auf den Punkt: Reduzierung der gesetzlichen Normen und Vorschriften sowie nachhaltige administrative Entlastung der KMU.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, liebe Ehrenmitglieder, geschätzte Parlamentarier,

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, Kolleginnen und Kollegen

Ich heisse Sie alle zur 61. Gewerblichen Winterkonferenz hier in Klosters ganz herzlich willkommen. Die Tatsache, dass ich als Vizepräsidentin heute unsere Tagung eröffne, hat damit zu tun, dass sich Nationalrat Edi Engelberger – umsichtiger und stark engagierter Präsident des sgv – kurzfristig einer nicht verschiebbaren Operation unterziehen musste. Er lässt Sie alle ganz herzlich grüssen und wünscht Ihnen eine erfolgreiche Winterkonferenz. Wir alle gehen davon aus, dass er in den kommenden Wochen wieder völlig hergestellt unter uns sein wird und wir wünschen ihm auch von Klosters aus alles Gute und rasche Genesung.

Mit dieser Vorbemerkung darf ich die Gewerbliche Winterkonferenz eröffnen und ich heisse Sie alle ganz herzlich willkommen – insbesondere auch „nos Romands – soyez les bienvenus“ und natürlich auch „gli amici del Ticino – cordialmente benvenuto“. Ich verzichte wie jedes Jahr auf eine namentliche Erwähnung der zahlreichen prominenten Gäste. Speziell begrüssen möchte ich aber all jene, welche heute zum ersten Mal an einer gewerblichen Winterkonferenz teilnehmen.

Eine Person sei jedoch ganz speziell erwähnt: Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, die im Anschluss an mein Präsidialreferat zur Schweizerischen Aussenpolitik sprechen wird. Ich danke Ihnen, Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, dass sie heute unter uns weilen und ich bitte Sie alle, unsere Aussenministerin mit einem kräftigen Applaus herzlich willkommen zu heissen.

Das Tagungsthema der diesjährigen Winterkonferenz steht ganz bewusst unter dem Titel „KMU und Aussenwirtschaftspolitik“. Damit bringen wir zwei Dinge zum Ausdruck:

1. Die KMU-Wirtschaft ist das Rückgrat der Schweizerischen Volkswirtschaft und
2. der Schweizerische Gewerbeverband als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft umfasst sowohl Branchen in der Binnenwirtschaft wie auch im Export.

Konsequenterweise halten wir in unserem Leitbild unter anderem fest: Der sgv orientiert sich an ethischen Grundsätzen und verfolgt eine freiheitliche, weltoffene und der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik.

Diese Weltoffenheit widerspiegelt sich auch in den teilweise internationalen Referenten. Auf einen besonderen Leckerbissen möchte ich Sie bereits jetzt aufmerksam machen: es ist uns gelungen, den ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten, Dr. Edmund Stoiber, nach Klosters einzuladen. Er wird morgen Nachmittag der Frage „Die EU – ein bürokratisches Monster?“ nachgehen. Auf seine Einschätzung sind wir sicher alle sehr gespannt.

In meinem Präsidialreferat konzentriere ich mich auf drei Themen: Erstens die sgv-Strategie 2008. Sie werden sehen, wir sind auf Kurs, der Auftrag ist erfüllt. Zweitens werde ich kurz über drei Hauptkampf-felder des sgv berichten: den Kampf gegen die administrative Belastung und die Verbotitis, den Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik und unsere Bemühungen gegen eine Erhöhung der Staatsquote. Und im dritten Teil folgen einige Überlegungen zum Tagungsthema – KMU und Aussenwirtschaftspolitik.

II. sgv-Strategie 2008

Ich beginne mit der sgv-Strategie 2008, ich zitiere: **„Der sgv vertritt als Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft 280 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich die Dachorganisation sgv für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.“**

Gut 1 ½ Jahre nach Verabschiedung der neuen Strategie kann ich Ihnen nicht ohne Stolz mitteilen: Wir sind auf Kurs, die meisten Massnahmen sind umgesetzt worden, wir haben unser Profil geschärft. Unser an der letzten gewerblichen Winterkonferenz verkündetes Motto „Wir wollen respektiert und wenn nötig gefürchtet werden“ ist nicht nur eine leere Worthülse. Es wird umgesetzt und zur gelebten Realität.

Lassen Sie mich als Beispiel kurz auf zwei Punkte eingehen.

Erstens, die von uns angestrebte Themenführerschaft in KMU-Fragen erreichen wir zunehmend. Themenführerschaft bedeutet, dass wir in KMU-relevanten Fragestellungen als Erste das Feld besetzen und unsere Forderungen unmissverständlich in die Politik einbringen. An uns soll man nicht vorbeikommen. Beispiele sind unsere Beiträge zur Finanzkrise und zur Kreditvergabepolitik der Banken, unser Kampf gegen das neue Präventionsgesetz, die Revision des Aktienrechts oder die Mehrwertsteuerreform.

Zweites Beispiel: Einen grossen Schritt haben wir mit der Umsetzung der neuen Finanzierungsstrategie gemacht. Ich möchte allen Mitgliedorganisationen herzlich danken, die sich bereit erklärt haben, der notwendigen Erhöhung der Mitgliederbeiträge zuzustimmen. Damit gewinnen wir an finanziellem Handlungsspielraum und sind auch in der Lage, aus eigener Kraft ein Referendum zu ergreifen oder eine Volksinitiative zu lancieren.

Meine Damen und Herren, liebe Gewerblerinnen und Gewerbler,

Wir sind auf dem richtigen Weg. Am Gewerbekongress vom 28. Mai 2010 in Lugano wird unser Präsident Edi Engelberger mit Stolz verkünden können „Ziel erreicht, Auftrag erfüllt“, und er kann seinem Nachfolger ein gut bestelltes Haus übergeben.

III. Drei Hauptkampffelder

Lassen Sie mich – meine Damen und Herren – vor dem Hintergrund des Zitates des französischen Philosophen Charles de Montesquieu auf drei ausgewählte, zentrale Hauptkampffelder des sgv eintreten.

1. Kampf der administrativen Belastung und der Verbotitis

Sie kennen und hören es immer wieder: Das Hohelied der KMU-Entlastung, das vor allem am Sonntag gesungen wird. Und was geschieht an den Werktagen? Da wird munter legiferiert, reguliert und reglementiert – nicht etwa nur von den Linken, sondern oftmals auch unter gütlicher Mithilfe der Bürgerlichen. Nicht etwa nur auf der Ebene des Bundes, sondern auch der Kantone und der Gemeinden. Die Freiheit des Bürgers und der Unternehmer wird immer stärker beschnitten.

Im vergangenen Jahr haben wir wiederum einige Erfolge erzielt, vieles bleibt aber noch zu tun. Um mit den Erfolgen zu beginnen: Die Revision der Mehrwertsteuer-Gesetzgebung bringt für die KMU wesentliche Fortschritte, für einmal sind wir klar bei den Gewinnern. Das System wird nachhaltig vereinfacht, die administrative Belastung der Steuerpflichtigen um 10 Prozent vermindert, die Verfahren beschleunigt und der Formalismus der Vorschriften eingedämmt.

Zweites Beispiel: Die Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts. Ursprünglich drohte vor allem für kleinere Unternehmen als Reaktion auf die Exzesse einzelner Grossbetriebe eine unverhältnismässige Überregulierung verbunden mit untragbaren administrativen Zusatzbelastungen. Dank dem hartnäckigen Einsatz des sgv ist es bisher gelungen, die Vorlage in der Stossrichtung KMU-tauglich auszugestalten und Mehrbelastungen weitgehend zu verhindern.

Durchzogen ist die Bilanz in der Lebensmittel- und Präventionspolitik. Immerhin kämpft der sgv zusammen mit den betroffenen Branchenverbänden an vorderster Front gegen die verschiedenen Exzesse in der Lebensmittelpolitik, das überflüssige neue Präventionsgesetz und die Flut von immer neuen Regulierungen und Verboten, mit denen uns der Staat bevormunden will: Zwangsausbildung für Babysitter, extremer Passivrauchschutz, Mindestalter für den Besuch von Solarien, Verkaufsverbote für Lebensmittel an Tankstellen während den Nachtstunden – die Liste liesse sich beliebig verlängern.

In den letzten Wochen kam weiteres Ungemach auf uns zu: Die unverschämte Abzockerei der Gebühreneinzieher Billag und Suisa, die besonders die KMU stark belasten. Der gesunde Menschenverstand scheint in diesem Bereich nicht mehr zu funktionieren. Was sagen Sie dazu, dass eine Coiffeuse im waadtländischen Duiller für die musikalische Berieselung in ihrem Salon der Suisa Fr. 910.40 bezahlen muss, und zwar rückwirkend bis 2004? Gegen einen solchen Unsinn werden wir mit aller Entschiedenheit ankämpfen, nötigenfalls über den mühsamen Weg einer Revision des Urheberrechtsgesetzes.

Wir lassen nicht locker und bleiben eng am Ball. So hat unser Präsident in der vergangenen Winter-session ein Postulat im Nationalrat eingereicht, das vom Bundesrat Klarheit über Gebühren und Abgaben verlangt. Er will im Rahmen der bis Ende 2010 vorgesehenen Erarbeitung eines Indikators über die Entwicklung der Belastung aus Abgaben und Gebühren bei Bund, Kantonen und Gemeinden wissen, welche Abgaben und Gebühren die Unternehmen belasten und wie hoch sie sind.

Der Kampf gegen die administrative Belastung der KMU und die grassierende Verbotitis ist das Kernthema des sgv, verstanden als Querschnittsthema und „roter Faden“ für alle sgv-Aktivitäten. Es ist harte Knochenarbeit, wir bleiben dran, auch in diesem Jahr.

2. Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik

Grosse Sorgen bereitet dem sgv die Entwicklung bei den Sozialversicherungen. Bereits der Schuldenberg der Invalidenversicherung ist auf über 14 Milliarden Franken angewachsen und nun ist die Arbeitslosenversicherung auf bestem Weg, der IV in Sachen Verschuldung Paroli zu bieten. Das seco geht heute davon aus, dass die Arbeitslosenversicherung bis Ende des kommenden Jahres mit fast 15 Milliarden Franken in der Kreide stehen wird.

Leider ist dies nur die Spitze des Eisbergs. Es ist zu befürchten dass schon bald die AHV in die roten Zahlen abrutschen wird und auch die Krankenkassenprämien ungebremst ansteigen. Doch damit nicht genug: auch die Erwerbsersatzordnung, die Unfallversicherung, die Krankentaggeld-Versicherung sowie die berufliche Vorsorge geraten in finanzielle Schwierigkeiten.

Der sgv steht zu den heutigen Sozialwerken und will mithelfen, deren Existenz zwecks Wahrung des sozialen Friedens und der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe auch für die Zukunft abzusichern. Allerdings zeigt sich der sgv zutiefst besorgt über die Finanzierungsperspektiven unserer Sozialversicherungen. Um das heutige Leistungsspektrum auch nur annähernd aufrecht erhalten zu können, droht in den kommenden zehn Jahren eine finanzielle Mehrbelastung in der Grössenordnung von sechs Mehrwertsteuerprozenten.

Der sgv verlangt angesichts der äusserst düsteren Finanzierungsperspektiven im Sozialversicherungsbereich eine rasche Kehrtwendung und einen Paradigmenwechsel. Anstatt die Finanzierung wie in der Vergangenheit immer auf die stetig ausgeweiteten Leistungskataloge auszurichten, müssen die Leistungen inskünftig an die zur Verfügung stehenden Finanzen angepasst werden.

Eine klare Verzichtspolitik ist unumgänglich. Der sgv wird deshalb bei allen künftigen Reformprojekten diesen Paradigmenwechsel ins Zentrum seiner Forderungen stellen, auch wenn wir uns bewusst sind, dass der eingeschlagene Weg kein einfacher ist. Für den Werkplatz Schweiz ist es aber zentral, dass die Lohnnebenkosten und die steuerliche Belastung nicht ins Unermessliche ansteigen.

3. Keine Erhöhung der Staatsquote

Beginnen wir die Ausführungen zur Staatsquote mit einer Erfolgsmeldung: Nicht zuletzt dank dem Einsatz des sgv ist es gelungen, bei den Konjunkturpaketen Mass zu halten und die Schuldenbremse nicht auszuhebeln. Hier ist dem Bundesrat ein Kränzchen zu winden, dass er den Lockrufen vor allem linker Kreise widerstanden hat, Ankurbelungsmassnahmen in Milliardenhöhe zu beschliessen. Den exportorientierten Unternehmen, die von der Krise am stärksten betroffen worden sind, wäre damit kaum geholfen worden.

Dem Bundesrat und dem Parlament aber Nichtstun vorzuwerfen, wäre verfehlt. In einer gut aufgelegten Aktion wurde die UBS vor dem praktisch sicheren Untergang gerettet, die Schweizerische Nationalbank hat die Wirtschaft auch während der Krise mit der notwendigen Liquidität versorgt, und die Gesamtwirkung der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen des Bundes sowie der Kantone und Gemeinden wird für 2009 auf 8,2 Milliarden Franken beziffert, das ist nicht nichts!

Und eine weitere positive Meldung: Von einer Kreditklemme kann trotz gegenteiliger Unkenrufe nach wie vor keine Rede sein. Wenn sich die Kreditkonditionen zum Teil leicht verschlechtert haben, so hat dies mit der eingetrübten Konjunkturlage zu tun und betrifft fast ausschliesslich Unternehmen mit Umsatzeinbrüchen oder düsteren Marktaussichten. Die Forderungen nach einem staatlich alimentierten Überbrückungsfonds oder der Erhöhung der Limite des Gewerblichen Bürgschaftswesens sind deshalb verfehlt und werden vom sgv abgelehnt – zu Recht sind diese Rufe nach Staatsinterventionismus in letzter Zeit ziemlich verstummt.

Erfreulich ist auch die Situation am Lehrstellenmarkt. Trotz der Wirtschaftskrise hat die Zahl der Lehrstellen in der Schweiz 2009 mit rund 85 000 Angeboten einen Rekordstand erreicht. Dafür sei den vielen gewerblichen KMU, die 70 Prozent aller Lehrlinge in der Schweiz ausbilden, herzlich gedankt. Sorgen bereitet darum nicht die Lehre selbst, sondern viel mehr die Anstellung nach der Ausbildung. Immerhin ist die Tatsache beruhigend, dass junge Leute trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit im Schnitt nach vier bis fünf Monaten wieder eine Stelle finden. Ab 2011, wenn die ersten geburtenschwachen Jahrgänge auf den Lehrstellenmarkt drängen, droht in einigen Branchen sogar wieder ein Lehrstellenmangel.

Wie weiter? Wichtig ist, dass wir eine klare, ordnungspolitisch saubere Linie verfolgen. Mit Blick auf die Finanzpolitik des Bundes bedeutet dies in erster Linie, dass die Schuldenbremse – die sich in der aktuell schwierigen Konjunkturlage mehr als bewährt hat – unter keinen Umständen ausgehebelt wird. Im Gegenteil: der sgv fordert, die Schuldenbremse auch auf die Sozialversicherungen auszuweiten.

IV. sgv und Aussenwirtschaft

1. Aussenwirtschaftsrelevanz sgv und KMU

Damit komme ich zur Aussenwirtschaftspolitik. Der sgv mit seinen rund 280 Mitgliedorganisationen wird oftmals als ein binnenmarktorientierter Wirtschaftsverband wahrgenommen. Zu Unrecht, denn auch für viele KMU gilt: Der Schweizer Markt ist zu klein. Dies gilt vor allem für Waren höchster Qualität, Nischenprodukte und Spezialitäten. Deshalb hat der sgv alles Interesse an einem möglichst freien Zugang zu den ausländischen Märkten.

Kurz zwei Beispiele von sgv-Mitgliedorganisationen, die stark vom Export abhängig sind. Die vorwiegend KMU-Mitglieder von Swissmechanic – einem starken Verband innerhalb der Schweizerischen Maschinenindustrie – exportieren 85 Prozent ihrer Erzeugnisse ins Ausland. Davon 45 Prozent direkt und 40 Prozent indirekt als Zulieferer. Der Auslandumsatz beträgt 17 Milliarden Franken, 55 000 Arbeitsplätze und 6000 Lehrlinge sind vom Export abhängig, die entsprechende Lohnsumme erreicht 4 Milliarden Franken.

Zweites Beispiel, FROMARTE. Seit dem 1. Juni 2007 ist der Käsehandel der EU mit der Schweiz vollständig liberalisiert. Über 30 Prozent des im Inland produzierten Käses werden exportiert, das waren im Jahr 2008 insgesamt 61 190 Tonnen. Vor allem wertmässig sind die Exporte stärker gestiegen als die Importe, und die Produktpalette ist bunter geworden, die Preise sind gesunken. Erfolg hat die Schweiz vor allem im Hochpreissegment, bei Spezialitäten und Nischenprodukten.

Der sgv hat im letzten Frühling unter seinen Mitgliedorganisationen eine Umfrage „KMU und EU“ durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse: Erste Absatzmärkte sind Deutschland und Frankreich, gefolgt von Italien. Eine Mehrheit beklagt sich über Hindernisse wie Normenvorschriften und Zollformalitäten, die den Zugang in die EU-Märkte erschweren. Mit einer Ausnahme sind alle Mitglieder der Meinung, dass der bilaterale Weg ihren Interessen am Besten Rechnung trägt.

Die Tatsache, dass wir dieses Jahr „KMU und Aussenwirtschaftspolitik“ zum Tagungsthema gewählt haben und unsere Aussenministerin unter uns weilt, zeigt, dass der sgv sein aussenwirtschaftliches Profil schärfen will. Die Schweiz ist keine abgeschottete Insel, bekanntlich wird jeder zweite Franken im Ausland verdient. Davon profitieren auch unsere KMU, sei es direkt im Exportgeschäft, sei es indirekt als Zulieferer.

2. Plädoyer für den bilateralen Weg

Damit komme ich zur Europapolitik und unserem Verhältnis zur EU. Frau Bundesrätin, Sie kennen sicher unsere Position: Nein zu einem EU-Beitritt, Ja zum bilateralen Weg, der sich, obwohl manchmal steinig, bewährt hat. So haben wir uns auch dezidiert für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit ausgesprochen, die am 8. Februar 2009 vom Volk deutlich angenommen worden ist. Auch im sgV sind wir uns im Klaren: Der Alleingang und die Abschottung sind kein Weg und führen in eine Sackgasse.

Die Personenfreizügigkeit ist eine Chance für die KMU, denn sie erleichtert gleichzeitig die Rekrutierung europäischer – hoch qualifizierter und weniger qualifizierter – Arbeitskräfte wie auch den Zugang zum europäischen Binnenmarkt mit seinen 490 Millionen Verbrauchern. Allen Unkenrufen gegen ausländische Arbeitskräfte zum Trotz, die den Schweizern angeblich die Stelle wegnehmen, wird aus etlichen Branchen nach wie vor ein Mangel vor allem an qualifizierten Arbeitskräften gemeldet.

Bei der Umsetzung der existierenden flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit befürworten wir Nachbesserungen in jenen Bereichen, wo man Fehlfunktionen festgestellt hat. Hingegen ist der sgV gegen den Ausbau dieser Massnahmen und wir sprechen uns entschieden gegen die Festlegung von Minimallöhnen aus.

Die Rückwanderung von EU-Arbeitslosen darf nicht durch zu attraktive Bedingungen in der Schweiz behindert werden. Der sgV strebt deshalb im Rahmen der laufenden Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Reduktion des Leistungsumfangs an. Insbesondere soll die für den Bezug von Taggeldern notwendige Beitragszeit deutlich verlängert werden.

3. Kampf dem Protektionismus

Werfen wir zum Abschluss meines kurzen aussenpolitischen Tour d'horizon – ohne unserer Aussenministerin die Show stehlen zu wollen – noch einen kurzen Blick über Europa hinaus. Auch für die KMU werden die aussereuropäischen Märkte immer wichtiger – am Freitag werden wir uns ja mit China befassen. Die Schweiz als kleine offene Volkswirtschaft ist darauf angewiesen, auch in den aufstrebenden Märkten Ostasiens, Russlands und Lateinamerikas einen möglichst offenen Marktzugang zu haben, von den USA gar nicht zu sprechen.

Die stark exportorientierte Schweizer Wirtschaft ist auf eine starke und handlungsfähige Welthandelsordnung angewiesen. Die WTO verbessert den Marktzugang im Ausland, wirkt dem Recht des Stärkeren entgegen und schränkt diskriminierende Massnahmen ein. Sie ist auch ein Bollwerk gegen den schädlichen Protektionismus – oder sollte es zumindest sein.

Vergessen wir nicht: Der Welthandel ist der eigentliche Motor der Wirtschaft. Der weltweite Handel mit Gütern und Dienstleistungen hat sich seit 1990 wertmässig rund verfünffacht. Für unseren Wohlstand ist es ganz zentral, dass die Schweizer Wirtschaft von diesem Wachstum profitieren kann. Damit diese Dynamik nicht verloren geht, ist es umso wichtiger, dass die stockende Doha-Runde möglichst rasch erfolgreich abgeschlossen werden kann.

In der Zwischenzeit, zumindest bis das träge WTO-Schiff wieder flott gemacht werden kann, ist die Politik des Abschlusses von bilateralen Freihandelsabkommen sozusagen als zweitbeste Lösung konsequent weiterzuerfolgen. Die Schweiz verfolgt im Rahmen der EFTA sehr erfolgreich diese Politik und verfügt mittlerweile über ein Netz von 20 Abkommen. Auch hier, Frau Bundesrätin, haben Sie unsere volle Unterstützung.

Noch ein Wort zum Verhältnis Handel und Landwirtschaft. Vergessen wir nicht: Der Primärsektor wird vom Konsumenten und Steuerzahler stark unterstützt, trägt aber lediglich etwa 1 Prozent zum Bruttoinlandprodukt bei. Diese Dimensionen gilt es sich vor Augen zu halten, wenn ein Teil der Bauern und ihrer Vertreter eine Abkoppelung des Agrardossiers von den WTO-Verhandlungen verlangen. Dies

wäre für die schweizerische Volkswirtschaft als Ganzes und auch für die KMU fatal und wird vom sgv klar abgelehnt.

Dagegen ist die Idee eines Agrarfreihandelsabkommens mit der EU weiterzuverfolgen. Erst wenn ein konkretes Verhandlungsergebnis vorliegt, kann eine klare Beurteilung „en connaissance de cause“ vorgenommen werden. Deshalb unterstützt der sgv auch die vorgesehenen Begleitmassnahmen, die aber nicht nur den Bauern, sondern auch den vor- und nachgelagerten Stufen zugute kommen müssen, die ebenso stark von einem totalen Freihandel mit der EU betroffen würden.

V. Schlussbemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich wünsche Ihnen allen unvergessliche Tage, anregende Gespräche und Kontakte aber auch Zeit zur Erholung und Musse hier an der Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters.

Der Schweizerische Gewerbeverband, Ihre Dachorganisation der Schweizer KMU-Wirtschaft, setzt sich auch im eben angebrochenen Jahr mit aller Kraft dafür ein, dass die 300 000 vom sgv vertretenen KMU ihre Aufgaben wahrnehmen und ihrer Arbeit erfolgreich nachgehen können. Denn der tägliche harte Einsatz der Schweizer KMU erhält Arbeitsplätze, schafft Lehrstellen und sichere Werte – gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Was unsere KMU zur Erfüllung ihrer Aufgabe brauchen, sind nicht neue Gesetze, sondern möglichst viel Gestaltungsfreiheit und Freiräume.

Der sgv steht dafür ein, dass die Politik im Geiste dieser Freiheit gestaltet wird – getreu dem weisen Ratschlag von Montesquieu: „**Wenn es nicht unbedingt nötig ist, ein neues Gesetz zu machen, ist es unbedingt nötig, keines zu machen.**“

Klosters, 13. Januar 2010